



# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 18. Februar 1882.

Nr. 83.

## Deutschland.

Berlin, 17. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Bekanntlich ist in Aussicht genommen, den Polizeipräsidenten von Posen, Herrn Staudy, zum General-Landschaftsdirektor des neuen landwirtschaftlichen Kreditvereins der Provinz Posen zu ernennen. In Abgeordnetenkreisen zirkuliert nun das Gerücht, es werde beabsichtigt, falls jenes Projekt zur Ausführung gelangte, zum Nachfolger des Herrn Staudy den gegenwärtig beim Polizeipräsidium in Posen kommissarisch beschäftigten Landrath von Bennigsen-Förder zu berufen. Wir haben über dieses Gerücht Erkundigungen eingelesen, und werden nunmehr von kompetenter Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß jenes Gerücht der tatsächlichen Begründung absolut entbehre. Die Kommitteung des Landraths von Bennigsen-Förder gerade nach Posen ist lediglich aus dem Grunde erfolgt, weil in der letzten Zeit sich ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften bei dem dortigen Polizeipräsidium bemerkbar gemacht hat. Sollte das letztere demnächst vakant werden, so wird zu dessen Besetzung ein Beamter in Aussicht genommen werden, der vermöge seiner Vorbildung zu diesem wichtigen Posten sich besonders eignet.

Die Berufung des Volkswirtschaftsrathes für den 28. d. spricht dafür, daß die Reichsregierung damit umgeht, Vorlagen, welche für die künftige Session des Reichstages bestimmt sind, jedenfalls so bald wie möglich bereit zu haben. Dieser Umstand wird in parlamentarischen Kreisen als erneuter Anhalt für die Möglichkeit einer Frühjahrs-session des Reichstages angesehen. Dazu kommt die in Regierungskreisen wachsende Annahme, daß es gelingen werde, die dringendsten Arbeiten des Abgeordnetenhauses bis zum 1. April, also in sechs Wochen zum Abschluß zu bringen, ein Ziel, welches Angesichts des schnellen Verlaufs mancher Kommissionenberatungen allerdings erreichbar erscheint.

Daß nach dem Zusammenstoß des Bontourzschwindels, der seine Verheerungen sehr weit erstreckt hat, ein Hauptbegründer und Gönner desselben, der Pole Dunajewski, in Oesterreich Finanzminister bleiben könne, hätte Niemand für möglich gehalten, wenn man es nicht thatsächlich erlebt. Graf Taaffe, dessen Stellung zu dieser Angelegenheit eine mehr passive war, würde sich wohl des schwer kompromittirten Kollegen entledigt haben, aber die Polen traten für ihn ein, an den Polen hängt die Mehrheit und so ist Dunajewski Finanzminister geblieben. Als solcher hat er in der Budgetdebatte des Abgeordnetenhauses die Hauptrede gehalten; das, was Herr von Dunajewski vorbrachte, hat die Zukunft der österreichischen Finanzen nicht sonderlich geklärt; die ganze Rede war pessimistisch gehalten, sie schloß mit einer Aufforderung, sich zu vereinigen, um der sozialen Revolution den Boden zu entziehen, die mehr und mehr unter der Oberfläche der jetzigen politisirenden Welt sich vorbereite, und die, wenn sie so weiter fortgeht, Konservative und Liberale und die Ergebnisse der modernen Zivilisation mit verschlingen werde. Mit dieser an Herrn v. Buttner erinnernden Wendung hat Herr von Dunajewski den Versuch gemacht, die Aufmerksamkeit von der Kritik seines eigenen Verhaltens auf eine unbestimmte Zukunft zu lenken. Daß einem solchen Finanzminister der Spruch *apres nous le deluge* sehr nahe liegt, ist nicht zu verwundern; der öffentlichen Meinung hat aber Herr von Dunajewski durch seine Rede kein besonderes Vertrauen einflößen können zu einer von ihm geleiteten Verwaltung? Warum sollte auch Herr von Dunajewski in anderen Dingen geschickter, vorsichtiger und in seinen Motiven durchsichtiger sein, als in seinem Verhalten gegenüber Bontour? Herr von Plener hat ein unbedecktes Defizit von 45 Millionen im Budget nachgewiesen, der Finanzminister hat diese Zahlen nicht zu widerlegen vermocht. Nicht minder unerfreulich als der das finanzielle und das Ansehen des Finanzministers betreffende Theil war die politische Gestaltung der Debatte. Wir sind noch vollständig außer Stande, uns ein Oesterreich zu denken, in welchem das deutsche Element in systematischer Weise ausgelangt wird; alle Bemühungen des Fürsten Czartorisk, der Ministerpräsident und Dunajewski haben uns nicht überzeugt, daß das bisherige Oesterreich dabei übrig bleiben würde; es soll jetzt unter dem Schlagwort der Gleichberechtigung aller Nationalitäten der Beweis geliefert

werden, daß ein Oesterreich möglich ist, in welchem die Deutschen eine Minorität gegenüber einer Koalition slawischer Völkerschaften bilden; wir gestehen, daß wir nicht ohne steigende Befürchtungen die Weiterführung dieses schon sehr weit gediehenen Experiments betrachten. Ein katholisches Slawenreich einem orthodoxen Slawenreich entgegenzustellen, scheint ein leitender Gedanke unter den Hauptführern der jetzigen Politik zu sein; einen Boden, genügend, um ein neues Staatssystem zu tragen, können wir darin nicht erblicken.

Der Abgeordnete Dr. Birchow hat beim Abgeordnetenhause folgenden Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

1. Die Seitens der königlichen Staatsregierung erfolgten Vorlagen (Nr. 6 und 27 der Drucksachen des Herrenhauses) verstoßen gegen den Artikel 62 der Verfassungsurkunde, wonach Finanzgesetzentwürfe zuerst dem Hause der Abgeordneten vorzulegen sind;

2. die Geschäftsordnungskommission wird beauftragt, darüber zu berathen, in welcher Weise das Privilegium des Hauses der Abgeordneten zu schützen ist.

Der zum Bischof von Breslau designirte Probst Herzog ist am 17. Februar 1882 in Schönwalde (Kreis Frankenstein) geboren und am 17. Juni 1848 zum Priester geweiht. In seiner gegenwärtigen Berliner Stellung befindet er sich seit 1870. Die Präfanonisation dürfte der „Germania“ zufolge noch im Laufe dieses Monats oder Anfang des nächsten Monats zu erwarten sein. Die „Schlesische Volkszeitung“ begrüßt ihren künftigen Fürstbischöflichen mit folgenden Worten: „Der neuerwählte Bischof genöß von jeher im vollsten Maße das Vertrauen nicht bloß seines erhabenen Vorgängers, der ihn stets auszeichnete, sondern auch die Liebe und Hochachtung aller Priester und Gläubigen, die ihn kennen lernten. Sein eifriges und erfolgreiches Wirken in den wichtigsten und ehrenvollen Stellungen, die er bekleidet, ist hinreichend bekannt, und an den Orten, wo er gewirkt, ist sein Andenken in Segen. . . Er hat es verstanden, sich die Hochachtung aller Parteien zu erringen. Und so rufen wir ihm denn als unserem neuerwählten Oberhirten aus vollem Herzen unseren Willkommen entgegen. Unserem h. Vater Leo aber sei unser eifrigster Dank dargebracht für die Wahl und Bekräftigung des neuen Oberhirten. Sein apostolischer Segen wird ihn begleiten für die wichtige Sendung und ihm Muth verleihen, den Hirtenstab willig zu ergreifen.“

Die Insurgenten in der Crivoscie haben ein Manifest erlassen, welches deutlich zeigt, welche Hoffnungen dieselben auf die Hilfe seitens Rußlands und der südslawischen Staaten setzen. Wir entnehmen dem Altentstücke folgende Stellen:

Der FML. Baron Jovanovic hat beschlossen, uns und unsere Allirten von Herzegowina und Bosnien mit der brutalen Militärmacht eines großen Staates zu vernichten und uns zur Entfugung unserer Freiheitsbestrebungen zu zwingen. Wir sind fest entschlossen, uns gegen jeden Vormarsch der Truppen zu verteidigen. Im Falle, daß wir Alle am Kampfplatze todt bleiben sollten, werden unsere Brüder aus Montenegro, Herzegowina, Bosnien, Serbien und Albanien uns rächen und die Balkanstaaten mit dem großen Reiche aller Neupfen werden die militärische und die Volkskraft mit den österreichisch-ungarischen Truppen messen.

Die englische Nation ist unter dem großen Liberalen und Staatsmanne Gladstone für die Befreiung aller Balkanvölker von der fremden und brutalen Herrschaft. Der russische Kaiser Alexander III. und sein erster Rathgeber, der Verfasser des Friedens von San Stefano, der General Ignatjew, sind unserem Befreiungskampfe sehr gewogen. Der Fürst Nikolaus von Montenegro, unter dessen Oberkommando wir drei Jahre gegen die Türken kämpften, ist für die Unterstützung und die militärische Hilfe gewonnen.

Wir erklären: Jovanovic, das Blut, welches für die Befreiung unserer Rechte und für die endgiltige Befreiung aller Serben geflossen sein wird, soll auf Dich gegossen werden und auf diejenigen, die Dich zu dem Verzweiflungskampfe gesendet haben. Brüder von Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Serbien, Montenegro und Albanien, Muth und Ausdauer, folgt uns Gebirgsbewohnern von Crivoscie und Süd-Herzegowina, und die nationalen Rechte zu verteidigen! Gruß den Bräu-

bern an der Newa und am schwarzen Meere, Gruß an die Bulgaren, Serben, Russen und alle Slawen! Im Namen des Allmächtigen! Gott der Gerechtigkeit, Du wirst uns erhalten.

In der Crivoscie, am heiligen Tage des St. Sava, 14./28. Januar 1882.

Das Zentral-Komitee der Insurgenten für die Crivoscie, Herzegowina und Bosnien.

Die Wiener „Vorstadt-Zeitung“, welche das Manifest abgedruckt hat, ist konfisziert worden.

Herr Gladstone hat sich in der gestrigen Sitzung des Unterhauses genöthigt gesehen, seine neulichen Aeußerungen über Selbstverwaltung in Irland, die als eine KonzeSSION an die Bestrebungen der Homerule in ganz Großbritannien eine gewaltige Mißstimmung gegen den Premier erzeugt hatten, dahin zu interpretieren, daß er mit denselben nichts Neues gesagt, sondern nur frühere Erklärungen wiederholt habe, nämlich daß die Suprematie des englischen Parlamentes aufrecht erhalten werden müsse; die Regierung könne Irland nicht etwas gewähren, was sie Schottland nicht zugesprochen könne.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht laut telegraphischer Mittheilung die Enzyklika an die italienischen Bischöfe, worin der Papst nach Darlegung der Uebel, von welchen die Kirche heimgegriffen sei, sagt, es sei für die christliche Frage von höchstem Interesse, daß der Papst bei der Leitung der Kirche frei von allen Gefahren, Bedrückungen und Fesseln sei. Zur Erzielung dieses Resultates sei eine Petitionsaktion einzuleiten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen Alles aufzuwenden, um dem Papste thatsächlich die Freiheit zurückzugeben, an welche das Heil der Kirche, die Wohlfahrt Italiens und der Friede der christlichen Völker geknüpft sei. Die Enzyklika empfiehlt den Bischöfen die Verbreitung der guten Presse und die Heranbildung würdiger Priester.

Posen, 16. Februar. (Ein polnischer Sozialisten-Projekt.) Die Beweisaufnahme wird durch Verlesung polnischer sozialistischer Druckschriften fortgesetzt. Die Broschüre „Kto z czego zyje“ (wovon man lebt), im Jahre 1881 in Warschau gedruckt, im September 1881 von der Regierung in Posen verboten, wird vollständig verlesen und übersetzt. In diesem Katechismus für die mit dem Sozialismus noch nicht vertrauten Arbeiter, welcher unter der hiesigen polnischen Arbeiterbevölkerung stark verbreitet worden ist, wird in aufreißender Weise auseinandergesetzt, der Arbeiter müsse, um nicht zu verhungern, seine Arbeitskraft und Kenntnisse an den Fabrikanten verkaufen, welcher so wenig dafür zahle, daß er von der Arbeit der Arbeiter lebe. Ebenso lebe auch der Meister von der Arbeit der Gesellen, und gleicher Weise lebe die Kaufleute, Gutsbesitzer und Andere vom Schweiße der Arbeiter. Die Regierung halte Militär und Polizei nur, um die Arbeiter in Unterwürfigkeit halten zu können. Wenn Arbeiter laut ihre Rechte und von Fabrikanten und Kaufleuten Gerechtigkeit verlangen, dann sei, bemerkt das Heftblatt, die Regierung bereit, vorsätzlich einen Krieg heranzudübeln, nur um die Unruhigen aus dem Lande zu schaffen. Es gebe drei Klassen von Menschen: solche, die von eigener Arbeit leben; solche, die keine Arbeitsmittel besitzen und ihre Arbeit verkaufen; solche, welche Arbeitsmittel besitzen und von der Arbeit Anderer leben. Es gebe also Reiche, Faulenzer und arbeitende Glende. Um die heutigen Verhältnisse zu verbessern, müßten solche Einrichtungen getroffen werden, daß Jeder seine eigenen Arbeitsmittel besitze und von der eigenen Arbeit lebe. Denen, die zu viel Arbeitsmittel besitzen, müßten, so führt die aufhebende Broschüre fort, solche weggenommen und den Menschen der Arbeit zur Benutzung gegeben werden. Es bleibe, da die Arbeiter immer ärmer, die Fabrikanten aber reicher werden, nichts übrig, als den Besitzern von Fabriken und Land, die von Arbeitern gebaut und bestellt seien, das Eigenthum wegzunehmen. Wie dies zu bewirken, sei Sache der Arbeiter. In Frankreich streben die Arbeiter eifrig dahin, ebenso in anderen Ländern und auch in Deutschland, wo die Arbeiter nach den Attentaten vom Jahre 1878 sehr bedrückt seien. Die Arbeiterpartei aller Länder strebe nach demselben Ziele, jetzt müßten, lautet die hochgefährliche Schlußfolgerung, die Arbeiter aller Länder und Völker sich zur Wegnahme des Landes und der Fabriken vereinigen.

Die Angeklagten erklärten auf Befragen, gegen diese Broschüre nichts einzuwenden zu haben. Mendelsohn und Truszowski vernahm die Frage des Vorsitzenden, ob sie Verfasser der polnischen Broschüre seien, welche betitelt ist: „Antwort auf Denunziationen des Drendownik“, welches Blatt die erste Mittheilung über polnisch-sozialistische Agitationen in Posen brachte. Von dieser angeblich in Genf gedruckten Broschüre sind zahlreiche Exemplare bei der Verhaftung Truszowski's beschlagnahmt.

Mendelsohn gesteht ein, an den bekannten Nikhilisten Hartmann (Paris) einen offenen Brief in dem „Nowosc“ veröffentlicht zu haben. (Pause.)

Die Beweisaufnahme wird durch Zeugenvernehmung um 4 Uhr Nachmittags fortgesetzt.

Der Lehrer Johann Stamm, Schüler des königlichen Marien-Gymnasiums, sagt aus, er sei im August in einem hiesigen Schanklokal von einem Herrn befragt worden, ob das Feld für die Sozialisten hier günstig sei. Er habe erklärt, er verstehe davon nichts.

Präsident fragt, ob unter den Angeklagten sich jener Herr befinde, was der Zeuge verneint.

Schlosser Domniewicz theilt mit, er sei im August eines Abends, als er aus Ciegelski's Maschinenfabrik kam, auf dem benachbarten „grünen Platz“ von zwei Herren, als welche er Mendelsohn und Truszowski erkennt, angesprochen und über die hiesigen Arbeiterverhältnisse befragt worden. Mendelsohn habe sich zwei Stunden mit ihm unterhalten und gesagt, gegenüber den schlechten Lohnverhältnissen werde, wenn möglich, eine Revolution helfen. Später sei er mit beiden und anderen Arbeitern in einem Schanklokal zusammengetroffen. Von der Bildung geheimer Gruppen sei nicht die Rede gewesen, er sei von den Anderen Dobromil (guter Kerl) genannt worden. Von Goryszewski und Anderen habe er polnische Druckschriften über die Arbeiterfrage erhalten. Von der Vertheidigung wird gegen die Vertheidigung des Zeugen geltend gemacht, daß derselbe verdächtig sei, Mitglied einer geheimen Gruppe gewesen zu sein und sich dadurch gleichfalls einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. Doch beschließt der Gerichtshof die Vertheidigung, die auch erfolgt.

Der Zeuge Dreher Niemojewski ist nach seiner Aussage in ähnlicher Weise, wie der vorige Zeuge, mit dem Angeklagten bekannt geworden, leugnet aber ab, daß Truszowski ihn angesprochen und zu einer Versammlung eingeladen habe.

Nachdem der Vorsitzende den Zeugen, welcher offenbar wie der vorige Zeuge mit der Wahrheit zurückhält, eindringlich zur Wahrheit ermahnt, sich jedoch herausgestellt, daß der Zeuge betrunken ist, wird derselbe unter Begleitung eines Schutzmannes abgeführt, um sich „auszurückern“.

Zeuge Maschinenbauer Plebziwicz will sich nicht mehr erinnern, welcher von den Angeklagten bei dem Fest, das der Fabrikbesitzer Ciegelski seinen Arbeitern im Viktoriapark bei Posen gegeben, aus Anlaß eines Hochs auf Ciegelski gesagt habe: das ist nicht Euer Brodherr, sondern Euer Brodfresser. Bei einer späteren Zusammenkunft im Schüßengarten habe Truszowski über die Lage der Arbeiter gesprochen. Bei der Versammlung, welche am Sonntag Vormittag im Garten Sanssouci stattgefunden, habe Janiszewski an dem Tische, wo Zeuge mit anderen Arbeitern saß, über die Verbesserung der Arbeiterlage gesprochen; an dem Tische hätte sich eine Gruppe gebildet, welche einen Vorsteher wählte. Als dieser später für die Ehre dankte, sei die Gruppe auseinander gefallen. Die Gruppenbildung sei von Mendelsohn, Truszowski und Janiszewski geleitet worden.

Der von der Vertheidigung gestellte Antrag, die Zeugen zu befragen, ob die Gruppe später eine Versammlung gehalten, wird vom Gerichtshof abgelehnt. Von der Vertheidigung des Zeugen wird, als betheiligte, Abstand genommen.

Zeuge Niemojewski, inzwischen ausgenüchert, will weder Truszowski als Denunziant, der ihn zur Versammlung in Sanssouci eingeladen, wiedererkennen, noch, trotzdem ihm seine Aussagen bei der Voruntersuchung vorgehalten werden, sich erinnern, was bei dieser Versammlung vorgekommen. Bei dem Schneidfest im Viktoriapark, welchem Zeuge mit Mendelsohn, Truszowski und Janiszewski beigewohnt, habe Mendelsohn gesagt: „Hier ist nichts anzufangen, die Schneider sind schon betrunken.“ Mendelsohn habe ihn öfters aufgefor-

